

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rentenbenachteiligung jüdischer Zuwander*innen

Seit 1991 ist es jüdischen Zuwander*innen aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion möglich, dauerhaft nach Deutschland zu kommen. Dank dieser Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland wurden viele Juden und Jüdinnen vor unsäglichen Repressionen in ihren Heimatländern geschützt. Gleichzeitig stabilisierte die Zuwanderung die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Allerdings hat sich aufgrund fehlender Sozialversicherungsabkommen mit Russland oder den meisten anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ein großes Problem herausgestellt. Da die Rentenansprüche aus der Zeit vor der Auswanderung nach Deutschland nicht anerkannt werden, erhalten jüdische Zuwander*innen – im Gegensatz zu den Spätaussiedler*innen – keine Rente. Zur Sicherung ihres Lebensunterhalts sind sie auf die Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Die Bürgerschaft (Landtag) hat daher im Juni 2020 den Senat aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Beendigung dieser Schlechterstellung einzusetzen und eine rentenrechtliche Gleichstellung zu erwirken.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Schritte hat der Senat auf Bundesebene unternommen, um die Rentenbenachteiligung von jüdischen Zuwander*innen zu beenden?
2. Wie ist der bisherige Planungsstand zur Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds für jüdische Zuwander*innen, um einen rückwirkenden Ausgleich über Alterssicherungsleistungen zu erhalten? Welche Maßnahmen hat Bremen ergriffen, um die Einrichtung des Härtefallfonds zu unterstützen?
3. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um eine rentenrechtliche Gleichstellung jüdischer Zuwander*innen mit Spätaussiedler*innen durch eine Änderung des Fremdrehtengesetzes vorzunehmen? Welche Gründe stehen einer entsprechenden Änderung ggf. entgegen?
4. Wie bewertet der Senat die Chance, unter der neu zu bildenden Bundesregierung die rentenrechtliche Gleichstellung zu erwirken, und in welchem Rahmen wird Bremen sich dafür einsetzen?

Beschlussempfehlung:

Dr. Henrike Müller, Björn Fecker und Fraktion
BÜNDNIS 90/Die Grünen